



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

EINSTELLUNGEN JUNGER POLEN ZUR EUROPÄISCHEN INTEGRATION

■ ANALYSE	
Einstellungen junger Polen zur europäischen Integration im Vergleich zu Gleichaltrigen ausgewählter EU-Mitgliedsländer	2
Agnieszka Łada, Warschau	
■ GRAFIKEN ZUM TEXT	
Einstellungen junger Europäer zur europäischen Integration	7
■ CHRONIK	
16. Mai 2017 – 5. Juni 2017	16

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT



Einstellungen junger Polen zur europäischen Integration im Vergleich zu Gleichaltrigen ausgewählter EU-Mitgliedsländer

Agnieszka Łada, Warschau

Zusammenfassung

Junge Europäer aus Deutschland, Österreich, Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn schätzen die europäische Integration und nehmen die mit ihr verbundenen Vorteile wahr, insbesondere den Frieden in Europa. Als Herausforderungen, die vor der Europäischen Union stehen, nennen sie am häufigsten Terrorismus und Immigration. Die europäische Jugend spricht sich deutlich dafür aus, dass ihre Länder in der EU bleiben, aber auch für deren weitere Reformierung. Die Polen unterscheiden sich in ihrer Unterstützung für die europäische Integration nicht von den Gleichaltrigen der anderen untersuchten Länder. Ähnliche Einstellungen zeigen die jungen Menschen der Visegrád-Gruppe vor allem bei den Themen Migranten und Flüchtlinge. Die Einstellungen der jungen Polen gegenüber der europäischen Integration gehen mit einer positiven Haltung zur Demokratie einher.

Über drei Viertel (77 Prozent) der befragten jungen Menschen sind der Meinung, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union etwas Positives ist. Am häufigsten stimmen die Deutschen dieser Aussage zu (87 Prozent). Auch bei den Polen ist die Überzeugung von der positiven Bedeutung der europäischen Integration sehr stark (76 Prozent) und liegt auf dem Niveau des länderübergreifenden Durchschnittswertes der Befragten, allerdings liegt sie bei den Österreichern (77 Prozent) und den Ungarn (79 Prozent) noch höher. Bei den jungen Polen stellen die Frauen mit 84 Prozent mehr Anhängerinnen der Europäischen Union als die Männer mit 69 Prozent. Es treten aber keine anderen statistisch wesentlichen sozio-demografischen Unterschiede bei den Antworten auf diese Frage auf.

Die jungen Menschen sprechen sich im Allgemeinen für den Verbleib ihres Landes in der Europäischen Union aus, sie weisen aber gleichzeitig auf die Notwendigkeit von Reformen hin (67 Prozent der Gesamtheit der Befragten der sechs Länder). Auch dieser Standpunkt wird am entschiedensten von den jungen Deutschen vertreten (77 Prozent). Ebenso sprechen sich die Polen mit deutlicher Mehrheit (64 Prozent) für den Verbleib ihres Landes in einer reformierten EU aus – diese Meinung vertreten dreimal so viele Befragte wie es Befürworter des Status quo gibt (21 Prozent). Unter dem Begriff der Reformierung verstehen sie vor allem den Abbau der Bürokratie und Veränderungen mit dem Ziel, aus der EU eine Gemeinschaft zu machen, die »bürgerfreundlicher« ist. Ähnlich äußern sich in dieser Frage die Bürger der anderen Visegrád-Staaten, jedoch ist in der Slowakei jeder fünfte junge Befragte (22 Prozent) für den Austritt seines Landes aus der Union. Sozio-demografische Merkmale sind kein wesentliches Unterscheidungsmerkmal bei den Antworten der jungen Polen. Es steht

zu vermuten, dass es eine positive Korrelation zwischen der Bewertung der europäischen Integration und dem Wunsch nach dem Verbleib Polens in der EU gibt.

Die Vorteile der europäischen Integration

60 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge erachten die jungen Menschen den Wert, auf den die Väter Europas das Fundament der heutigen Europäischen Union gründeten, als den wichtigsten Gewinn – die Bewahrung des Friedens zwischen den Staaten. Mehr als drei Viertel (78 Prozent) aller Befragten benennen dies als wichtigen oder sehr wichtigen Vorteil, am meisten in Österreich (81 Prozent) und in Deutschland (80 Prozent). Der zweite wesentliche Gewinn der Zugehörigkeit zur Union ist für die Allgemeinheit der jungen Europäer die Möglichkeit, in einem anderen Mitgliedsstaat arbeiten und wohnen (66 Prozent) oder auch studieren (62 Prozent) zu können. Ab dem zweiten Platz in der Hierarchie der Vorteile treten allerdings Unterschiede zwischen den Befragten auf. Für die jungen Deutschen und Ungarn ist ein gemeinsames europäisches Handeln für den Klimaschutz relativ wichtiger (70 und 67 Prozent), während die Polen, die Slowaken und die Österreicher die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die Niederlassungsfreiheit an zweiter Stelle nennen (72, 64 und 67 Prozent).

Die finanziellen Mittel, die an die schwächer entwickelten EU-Mitgliedsstaaten fließen, werden von der Gesamtheit der Befragten am seltensten als wichtiger oder sehr wichtiger Vorteil genannt (45 Prozent). Am häufigsten nennen diesen Aspekt die jungen Polen (58 Prozent), aber weniger als die Hälfte der Ungarn (49 Prozent), der Deutschen (44 Prozent) und der Österreicher (41 Prozent) und nur 39 Prozent der Slowaken und 37 Prozent der Tschechen, das heißt Vertreter der Länder, die immer noch von diesem Aspekt der EU-Mitgliedschaft profitieren. Über die

Hälfte der Befragten aus den sechs Ländern bezeichnete alle genannten Vorteile als wichtig oder sehr wichtig, mit Ausnahme der finanziellen Transfers, die allein in Polen die Mehrheit der jungen Menschen zu schätzen wusste.

Ähnlich wie ihre Altersgenossen aus den anderen Ländern nennen die jungen Polen an erster Stelle des Vorteilsrankings Frieden (76 Prozent) und an zweiter Stelle die Möglichkeit, in einem anderen EU-Land zu leben und zu arbeiten (72 Prozent). Die Aufhebung der Grenzkontrollen und die Möglichkeit, in der ganzen Europäischen Union studieren zu können, beurteilen sie annähernd gleich (63 bzw. 61 Prozent). Relativ am seltensten wird gemeinsames Handeln für den Klimaschutz als wichtiger Vorteil der europäischen Integration genannt (48 Prozent), womit sie sich deutlich von den anderen befragten Gruppen unterscheiden (Tschechen – 58 Prozent, Slowaken – 55 Prozent).

Die Probleme, vor denen die EU steht

Als die wichtigsten Probleme, mit denen sich die Europäische Union auseinandersetzen muss, erachtet die Jugend der sechs untersuchten Länder den islamistischen Terrorismus und Fundamentalismus (74 Prozent der Befragten insgesamt) sowie die Zuwanderung von Flüchtlingen und Migranten (70 Prozent). Die Befragten der einzelnen Staaten stimmen allerdings in der Priorisierung der wahrgenommenen Probleme nicht komplett überein. Während die Polen, Tschechen, Österreicher und Deutschen den Terrorismus als das größte Problem ansehen (83, 77, 68 und 64 Prozent), nennen die Ungarn und Slowaken die Zuwanderung von Flüchtlingen und Migranten (77 und 76 Prozent), wobei die Slowaken gleichwertig Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Instabilität nennen. Relativ am seltensten betrachtet die Gesamtheit der Befragten die Außenpolitik des russischen Präsidenten Wladimir Putin als Problem (37 Prozent) und, dass den Geheimdiensten immer größere Kompetenzen eingeräumt werden (37 Prozent). Hier werden allerdings Unterschiede sichtbar. Die Polen sehen die Politik des russischen Präsidenten relativ häufiger als ein wichtiges Problem (53 Prozent) an als die übrigen, beispielsweise die Deutschen (39 Prozent) und insbesondere die Slowaken (28 Prozent) und die Ungarn (29 Prozent).

Den islamistischen Terrorismus und die Zuwanderung von Flüchtlingen und Migranten hält die deutliche Mehrheit der jungen Polen für ein sehr wichtiges oder wichtiges Problem (83 und 79 Prozent). An nächster Stelle werden soziale und wirtschaftliche Themen genannt: Arbeitslosigkeit, Unsicherheit in Bezug auf den Arbeitsplatz, wirtschaftliche Instabilität, das niedrige demografische Wachstum und Schwierigkeiten mit der Finanzierung des Rentensystems (jeweils 62 Prozent). Relativ am seltensten – von weniger als der Hälfte der Befragten –

werden zunehmender Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit in den Gesellschaften Europas genannt sowie, dass den Geheimdiensten immer größere Kompetenzen zugestanden werden.

Meinungen zum Thema Immigranten und Flüchtlinge

Eine eindeutig größere Differenzierung in den Antworten der jungen Menschen der sechs untersuchten Länder tritt bei der Beurteilung der Bedeutung der Immigration für das jeweilige Land des Befragten zutage. Generell ist die Jugend der Visegrád-Staaten deutlich skeptischer gegenüber Migranten als die Österreicher und vor allem die Deutschen.

Lediglich jeder vierte der Gesamtheit der Befragten der sechs Länder ist der Meinung, dass Immigranten einen Beitrag zum Wirtschaftswachstum seines Landes leisten. Am häufigsten vertreten Deutsche (42 Prozent) und Österreicher (32 Prozent) diese Ansicht. Die Polen liegen auf dem dritten Platz (26 Prozent) und geben diese Antwort zweimal häufiger an als die Slowaken (13 Prozent) und fast dreimal häufiger als die Ungarn (9 Prozent). Unter den Polen, die angeben, dass sie in ihrer Umgebung Kontakt zu Immigranten hatten, stimmen mit 31 Prozent doppelt so viele dieser Meinung zu gegenüber 16 Prozent, die nie Kontakt zu einem Immigranten hatten. Zwei Drittel der polnischen Befragten (67 Prozent) bejahten, dass sie irgendwann einmal Kontakt zu einem Immigranten in ihrer Nachbarschaft, am Arbeitsplatz, in der Schule oder an Orten, wo sie sich häufig aufhalten, hatten.

Allein in Deutschland überwiegen die positiven Antworten beim Thema Einfluss der Immigranten auf die demografische Lage leicht die negativen Antworten (45 zu 40 Prozent). Dagegen sehen Ungarn (79 Prozent), Slowaken (72 Prozent) und Polen (70 Prozent) eindeutig keine solche positive Wirkung. Auch zwei Drittel der Tschechen (66 Prozent) stellen diese nicht fest. Auch in diesem Fall wirkt sich bei den jungen Polen der Kontakt zu einem Immigranten auf die Wahrnehmung der Vorteile der Immigration auf das Rentensystem aus (21 zu 12 Prozent).

Die jungen Bürger der Visegrád-Gruppe sehen in Immigranten eine Belastung für das Sozialsystem. Von diesen negativen Folgen der Immigration sind insbesondere die Ungarn (74 Prozent) und die Slowaken (73 Prozent) sowie die Tschechen (70 Prozent) überzeugt. Die Polen stimmen dieser Aussage ebenfalls mehrheitlich zu (60 gegenüber 30 Prozent der gegenteiligen Meinung). Die Österreicher sind in dieser Frage gespalten (44 zu 39 Prozent), während über die Hälfte der Deutschen (52 Prozent) keine Belastung für das Sozialversicherungssystem im Zusammenhang mit Immigration sieht. Auch in dieser Frage sind die Polen, die schon Kontakt zu einem Immigranten hatten, seltener von den negati-

ven Folgen des Aufenthalts des Immigranten überzeugt (53 zu 76 Prozent).

Die Jugend der Visegrád-Staaten ist außerdem davon überzeugt, dass die Immigranten eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und die Sicherheit ihres Landes darstellen. Ähnlich wie in den vorangegangenen Fragen vertreten die Ungarn (70 Prozent) und die Slowaken (68 Prozent) die eindeutig negativste Einstellung zu diesem Thema, es folgen die Polen und die Tschechen (jeweils 60 Prozent). In jedem dieser Länder wurden mindestens doppelt so viele negative wie positiven Antworten gegeben. Allein die Mehrheit der Deutschen nimmt eine solche Gefahr nicht wahr (58 Prozent), bei den Österreichern ist es fast die Hälfte der Befragten (48 Prozent). Die befragten Polen, die Kontakt zu einem Immigranten hatten, sehen eine solche Gefahr seltener (51 zu 77 Prozent).

Die Polen sind, ähnlich wie die Tschechen, die Slowaken und die Ungarn, auch eindeutig gegen die Aufnahme von Flüchtlingen aus Ländern, in denen militärische Konflikte ausgetragen werden, oder von politisch Verfolgten, wie es das internationale Recht und die Standards vorsehen. Die größte Ablehnung zeigen die Slowaken (75 Prozent) und die Polen (73 Prozent), wobei die Unterschiede zu den Antworten der Ungarn (72 Prozent) und der Tschechen (70 Prozent) gering sind. In Deutschland und Österreich sind die Tendenzen umgekehrt – die Mehrheit der Befragten spricht sich für die Aufnahme von Flüchtlingen aus (73 gegenüber 61 Prozent). Besonders sichtbar wird der Unterschied, wenn die Antworten der Deutschen den Meinungen der jungen Menschen aus den Visegrád-Ländern gegenüber gestellt werden.

Sozio-demografische Merkmale machen keinen wesentlichen Unterschied bei den Antworten der jungen Polen. Es steht zu vermuten, dass die Polen, die die europäische Integration im Allgemeinen positiv bewerten, etwas positiver gegenüber der Aufnahme von Flüchtlingen eingestellt sind als diejenigen, die die europäische Integration für schlecht halten. Ebenso tritt die umgekehrte Abhängigkeit auf: Diejenigen, die meinen, dass man Flüchtlinge aufnehmen solle, unterstützen häufiger die europäische Integration.

Die Einstellung zur Demokratie

Die Jugendlichen in allen untersuchten Ländern haben in der Mehrheit eine positive Einstellung zur Demokratie. Die Unterschiede zwischen den Antworten der befragten Deutschen und Österreicher und denen der Polen und der Befragten der übrigen Visegrád-Staaten sind im Allgemeinen nicht sehr groß. Insgesamt ist allerdings der Anteil derer, die auf die Fragen zur Demokratie nicht antworten konnten (zwischen 12 und 26 Pro-

zent je nach Land und Frage), deutlich höher als bei den Meinungen zum Thema Europäische Union. Das zeigt, dass sich die Frage für einen Teil der jungen Menschen als schwierig erwies.

Die größten Unterschiede zwischen den Antworten der Befragten der jeweiligen Länder treten bei der Beurteilung der Demokratie als bestmögliches politisches System auf. Dieser Aussage stimmen 71 Prozent der Deutschen und der Österreicher zu, 60 Prozent der Tschechen und (ungefähr) die Hälfte der Polen (50 Prozent), der Slowaken (51 Prozent) und der Ungarn (48 Prozent). Gleichzeitig ist in Polen die größte Gruppe Jugendlicher zu verzeichnen, die dieser Aussage widerspricht (29 Prozent). Ähnlich verhält es sich in Ungarn (27 Prozent). In Ungarn und in der Slowakei wiederum war jeder vierte Befragte und in Polen und Tschechien jeder fünfte nicht in der Lage, die Frage zu beantworten.

In Polen betrachten mehr junge Frauen als junge Männer die Demokratie als bestmögliches politisches System, zudem die Befragten, die die europäische Integration positiv bewerten und in der EU bleiben wollen.

Österreicher, Deutsche und Polen weisen die Feststellung entschieden zurück, dass es keine Bedeutung habe, ob die Regierung demokratisch ist (73, 72 und 71 Prozent). In den anderen drei Ländern sind die Anteile derer, die diese Feststellung bejahen, ebenfalls hoch, aber um zirka 10 Prozentpunkte niedriger.

In Polen hat die Frage, ob die Regierung demokratisch ist oder nicht, für Männer eine geringere Bedeutung als für Frauen und ist relativ weniger wichtig für diejenigen, die die europäische Integration insgesamt negativ beurteilen und aus der EU austreten wollen.

Die jungen Europäer der sechs untersuchten Länder sind auch in ihren Ansichten darüber gespalten, ob die Menschenrechte und die Bürgerrechte mit dem Ziel des besseren Schutzes der Menschen eingeschränkt werden sollten (41 bis 40 Prozent der Gesamtheit der Befragten). Relativ am häufigsten lehnen eine potentielle Einschränkung die Österreicher (48 Prozent) ab, gefolgt von den Deutschen (46 Prozent) und den Polen (43 Prozent). Die Hälfte der Ungarn (51 Prozent) und fast die Hälfte der Tschechen (47 Prozent) sprechen sich für diese Möglichkeit aus. Die Slowaken sind mit jeweils 39 Prozent gespalten.

Beurteilungen der Globalisierungsprozesse und der gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre

Die jungen Polen, die insgesamt zufrieden mit dem Prozess der europäischen Integration sind, sind auch große Befürworter der Globalisierungsprozesse: des zunehmenden freien Warenverkehrs zwischen Staaten, des Kapitaltransfers, der erleichterten Kommunikation und Mobi-

lität der Menschen und Kulturen. Sie sind der Meinung, dass diese Prozesse eher einen positiven Einfluss auf Polen haben (74 Prozent) sowie auch auf junge Menschen wie sie (81 Prozent). Sie stehen hier deutlich an der Spitze der sechs befragten Gruppen. Am seltensten teilen diese Ansicht die jungen Ungarn (59 und 66 Prozent) und die Slowaken (52 und 64 Prozent).

Zwischen den positiven Meinungen über die Globalisierungsprozesse und der Unterstützung für die europäische Integration besteht ein Abhängigkeitsverhältnis. Die Polen, die die Integration negativ bewerten, beurteilen häufiger als die anderen die zunehmende Abhängigkeit zwischen den Staaten als einen negativen Prozess. Die Gegner der Globalisierung wollen auch häufiger die EU verlassen.

Gleichzeitig bewerten die Polen die gesellschaftlichen Veränderungen unterschiedlich, die in den letzten Jahren in Europa Einzug hielten. Bei den drei in der Untersuchung genannten Tendenzen wird allein die steigende Anzahl von Frauen in Führungspositionen der Politik und Wirtschaft von der Mehrheit der befragten jungen Polen als gesellschaftliche Veränderung zum Besseren bewertet (55 Prozent). Die wachsende ethnische und religiöse Vielfalt der europäischen Gesellschaften sowie die steigende Akzeptanz homosexueller Beziehungen werden deutlich seltener als Veränderungen zum Besseren genannt (16 bzw. 36 Prozent). Umgekehrt betrachten 47 und 33 Prozent der befragten Polen diese als eine Veränderung zum Schlechteren. Vergleicht man diese Ergebnisse mit den Antworten der jungen Deutschen, treten deutliche Unterschiede insbesondere in zwei Fällen zutage. Deutlich über die Hälfte der jungen Deutschen sieht in der größeren Akzeptanz homosexueller Beziehungen eine positive Veränderung (63 Prozent) und 40 Prozent in der zunehmenden ethnischen und religiösen Differenzierung. In der Frage der Frauen in Führungspositionen unterscheiden sich die jungen Polen und Deutschen kaum – 50 Prozent der Deutschen halten diese Veränderung für positiv.

Die politischen Orientierungen der jungen Polen und ihre Meinungen zur EU und den gesellschaftlichen Veränderungen

Gefragt, wie sie im Allgemeinen ihre politischen Ansichten beschreiben würden, positionieren sich die jungen Polen eindeutig in der Mitte der Links-Rechts-Skala (68 Prozent). Mehr als jeder Fünfte betrachtet sich als Anhänger rechter Einstellungen (22 Prozent) und nur 8 Prozent vertreten linke Einstellungen. In sozio-demografischen Merkmalen unterscheiden sich die Befragten nicht. Die Verknüpfung der politischen Ansichten mit den Beurteilungen der europäischen Integration erlaubt jedoch, bestimmte Tendenzen zu benennen. Personen,

die ihre Ansichten als rechts beschreiben, sind deutlich häufiger für einen Austritt Polens aus der EU als diejenigen, die sich auf dem linken Flügel der politischen Bühne verorten.

Bei der Nennung konkreter Parteien, die sie wählen würden, wählen die jungen Polen relativ häufig Gruppierungen, die sich als Anti-System- oder Anti-Establishment-Parteien charakterisieren lassen. Deren radikale Sprache zieht eindeutig eine beträchtliche Gruppe junger Menschen an. Interessanterweise belegt die aktuell regierende Partei *Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS)* nur den vierten Platz im Ranking und nur 13 Prozent der Befragten geben an, die *PiS* wählen zu wollen.

Sowohl im Falle der Selbsteinschätzung auf der Links-Rechts-Skala als auch der Unterstützung für eine Partei werden deutliche Unterschiede zwischen den Antworten von Frauen und Männern sichtbar. Junge Frauen sind deutlich weniger bereit, einer Gruppierung ihre Stimme zu geben, die sich als Anti-System-Partei bezeichnet, beispielsweise *Kukiz '15* und der Freiheitspartei von Janusz Korwin-Mikke (*Wolność Janusz Korwin-Mikke*). Trotz dieses Unterschiedes befinden sich die beiden Gruppierungen auch unter den befragten Frauen auf dem ersten Platz. *Kukiz '15* würden 35 Prozent der jungen Männer und 20 Prozent der jungen Frauen wählen. Für die Gruppierung *Wolność*, deren Chef Janusz Korwin-Mikke für seine sexistischen Äußerungen berühmt ist, würden 25 Prozent der Männer und »nur« 14 Prozent der Frauen stimmen.

Die angewandte Untersuchungsmethode erlaubt auch, das sogenannte negative Elektorat zu schätzen. Den jungen Polen fällt es eindeutig leichter, die Parteien zu nennen, die sie nicht wählen würden, als die, denen sie ihre Stimme geben würden. Sogar die Partei *Kukiz '15*, die sich relativ der größten Popularität erfreut, hat ein größeres negatives als positives Elektorat. Überraschend stark ist der Grad der Ablehnung der Jugend gegenüber der regierenden *PiS*. 54 Prozent der Befragten beurteilten die Wahrscheinlichkeit, diese Partei zu wählen, gleich Null. Dies ist mehr als bei jeder anderen Partei, die in die Untersuchung aufgenommen wurde. Insgesamt zwei Drittel der befragten jungen Menschen wollen *PiS* nicht wählen. Über die Hälfte der Befragten lehnen ebenso entschieden die Wahl linker Gruppierungen wie der *Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD)* und der *Polnische Initiative (Inicjatywa Polska)* sowie die Wahl der *Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL)* ab.

Wenig überraschend ist, dass die Anhänger der *PiS*, von *Kukiz '15* und *Wolność* häufiger die europäische Integration als schlecht bewerten und negativ gegen-

über Flüchtlingen und Migranten eingestellt sind als die Anhänger der anderen Parteien.

Schlussfolgerungen

Die jungen Polen sind, ähnlich wie die Gleichaltrigen in den anderen fünf untersuchten Ländern, positiv der europäischen Integration gegenüber eingestellt und wissen die Vorteile auch individuell zu schätzen. An die Spitze der Vorteile setzen die jungen Europäer, dass die Integration Frieden in Europa garantiert, was der landläufigen Meinung zu widersprechen scheint, dass die jüngere Generation sich eher für wirtschaftliche Aspekte interessiert, wie beispielsweise die europäischen Fonds, die die Entwicklungsunterschiede zwischen den einzelnen Ländern ausgleichen sollen.

Ein weniger offensichtlicher Vorteil, aber dennoch von der Mehrheit der Befragten genannter, ist die Möglichkeit, die Staatsgrenzen der EU-Mitgliedsländer ohne Kontrolle passieren zu können. Möglicherweise zeigt das, dass bestimmte Themen für einen Teil der jungen Menschen eine Selbstverständlichkeit geworden sind, deren Bedeutung nicht immer bewusst ist. Interessant ist, dass die Einstellung zu dieser Frage die Jugend in Ostmitteleuropa spaltet. Die Polen und die Ungarn antworten hier anders als die Slowaken und die Tschechen. Insbesondere die polnische Jugend weiß die Vorteile der Personenfreizügigkeit im Rahmen der Union zu schätzen, und zwar nicht nur hinsichtlich der Grenzkontrollen, sondern auch mit Blick auf die Möglichkeiten, in anderen EU-Ländern zu arbeiten und zu studieren.

Die jungen Einwohner Ostmitteleuropas wissen zwar den Frieden zu schätzen, gleichzeitig wollen sie ihn aber nicht mit Flüchtlingen aus den Teilen der Welt teilen, in denen Krieg und Verfolgung herrschen. Wesent-

lich ist hier, dass die Jugend der Länder, die es ablehnen, Flüchtlinge aus dem Nahen Osten aufzunehmen, den Flüchtlingen gegenüber viel negativer eingestellt sind als die jungen Deutschen, deren Land Hunderttausenden Flüchtlingen Schutz gewährt. Dies verbindet sich sicherlich mit einer sehr negativen Wahrnehmung der Migranten und ihrer Einflüsse auf die aufnehmende Gesellschaft. Nicht ohne Bedeutung ist das Gefühl der Gefahr durch Terrorismus. Interessanterweise bewerten die jungen Polen den Terrorismus als »sehr großes Problem«, wobei sie ihn allerdings in Polen nicht direkt erleben. Sie äußern sich aber deutlich seltener in dieser Weise über die Politik von Wladimir Putin, der in Polen traditionell als Gefahr betrachtet wird. Deutlich weniger als die deutschen Gleichaltrigen zeigen sich die jungen Polen über Phänomene wie Fremdenfeindlichkeit oder Populismus bei europäischen Politikern beunruhigt.

Die Befragung zeigte auch, dass nicht alle jungen Menschen gleichermaßen Befürworter der Demokratie als beste existierende Staatsordnung sind, obgleich diejenigen, die der Ansicht sind, dass es egal ist, ob sie in einer Demokratie leben oder nicht, deutlich in der Minderheit sind. Darüber hinaus herrscht relativ große Zustimmung zur Beschneidung der Demokratie im Namen der Sicherheit. Weiter zeigt sich, dass der Glaube an die Bedeutung der Demokratie und ihre Mechanismen positiv mit der Unterstützung für die europäische Integration korreliert. Gleichzeitig erhalten die Globalisierungsprozesse große Unterstützung, während die gesellschaftlichen Veränderungen, die sie in Europa hervorrufen, von den jungen Menschen der sechs Länder unterschiedlich bewertet werden.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Informationen zur Untersuchung

Die Befragung wurde vom 30. Januar bis 13. Februar 2017 von Kantar Public im Auftrag des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP) und der Bertelsmann Stiftung in Form von *online*-Interviews (CAWI) mit einer repräsentativen Gruppe von 3.000 Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren aus Deutschland, Polen, der Slowakei, Tschechien, Ungarn und Österreich (500 Interviews pro Land) durchgeführt. Die Probe des betreffenden Landes wurde auf der Basis der offiziellen Statistiken der Europäischen Union (Eurostat) zusammengestellt.

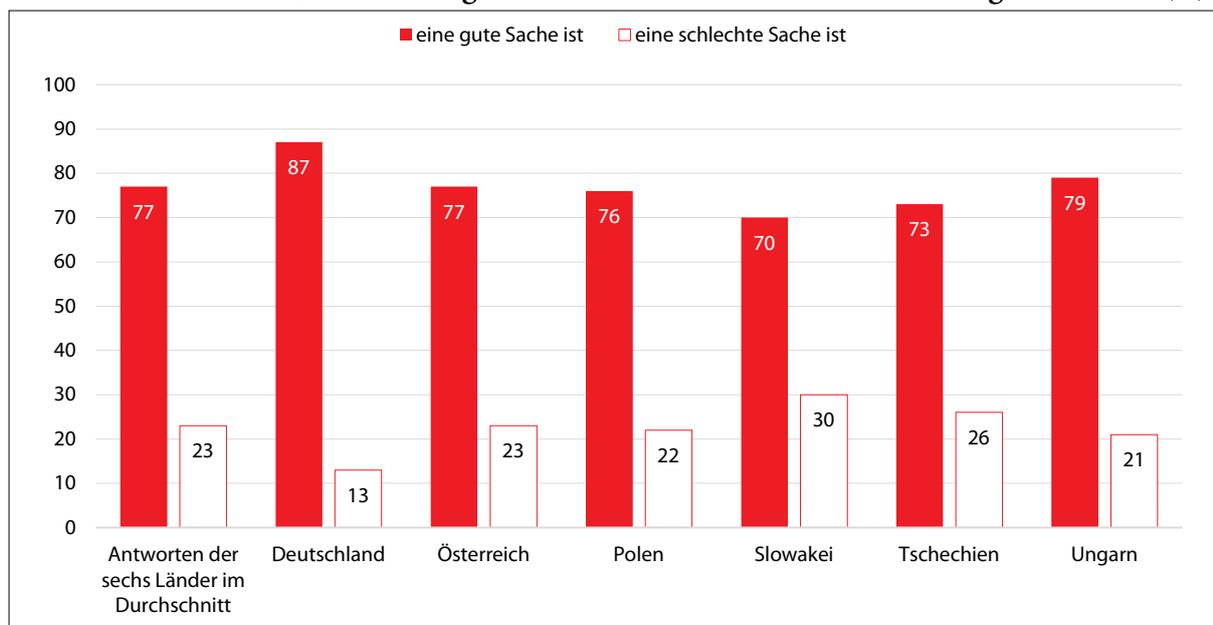
Über die Autorin

Dr. Agnieszka Łada ist Politikwissenschaftlerin und Leiterin des Europa-Programms und *Senior Analyst* am Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau (Instytut Spraw Publicznych – ISP, Warszawa) sowie Mitglied des Aufsichtsrats der Stiftung Kreisau für europäische Verständigung und des deutsch-polnischen Gesprächskreises Kopernikus-Gruppe. Ihre Spezialgebiete sind die EU-Institutionen, Deutschland und die deutsch-polnischen Beziehungen, die polnische Außen- und Europapolitik, die Wahrnehmung Polens im Ausland und der Ausländer in Polen.

GRAFIKEN ZUM TEXT

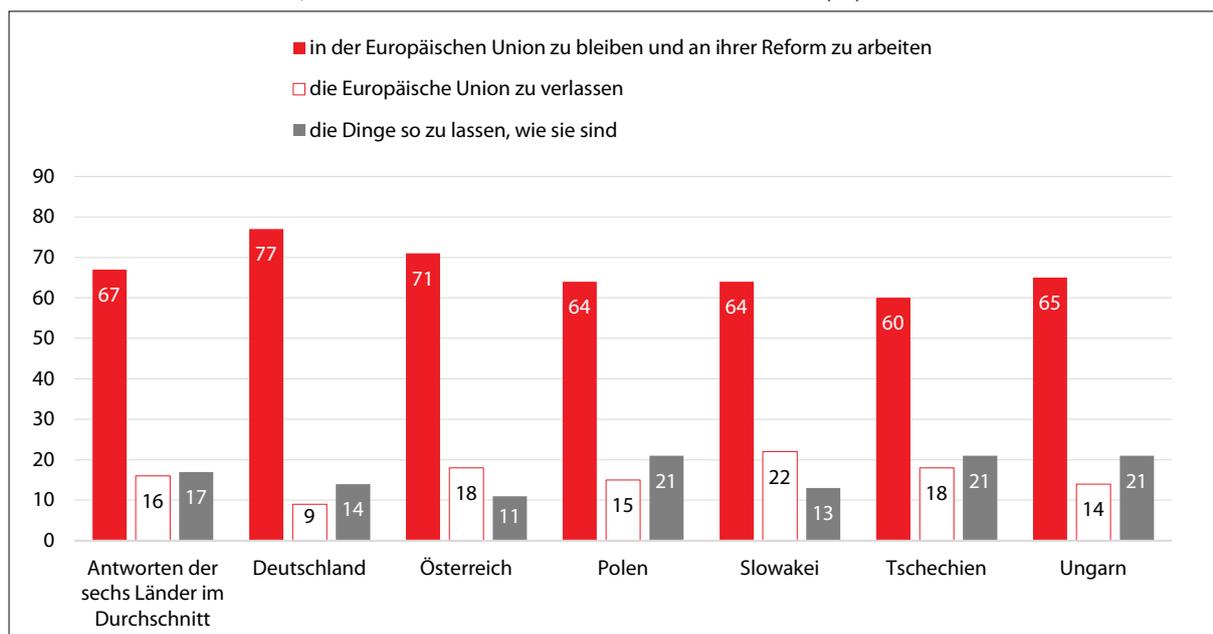
Einstellungen junger Europäer zur europäischen Integration

Grafik 1: Glaubst du, dass die Mitgliedschaft in der EU für dein Land im Allgemeinen ...? (%)



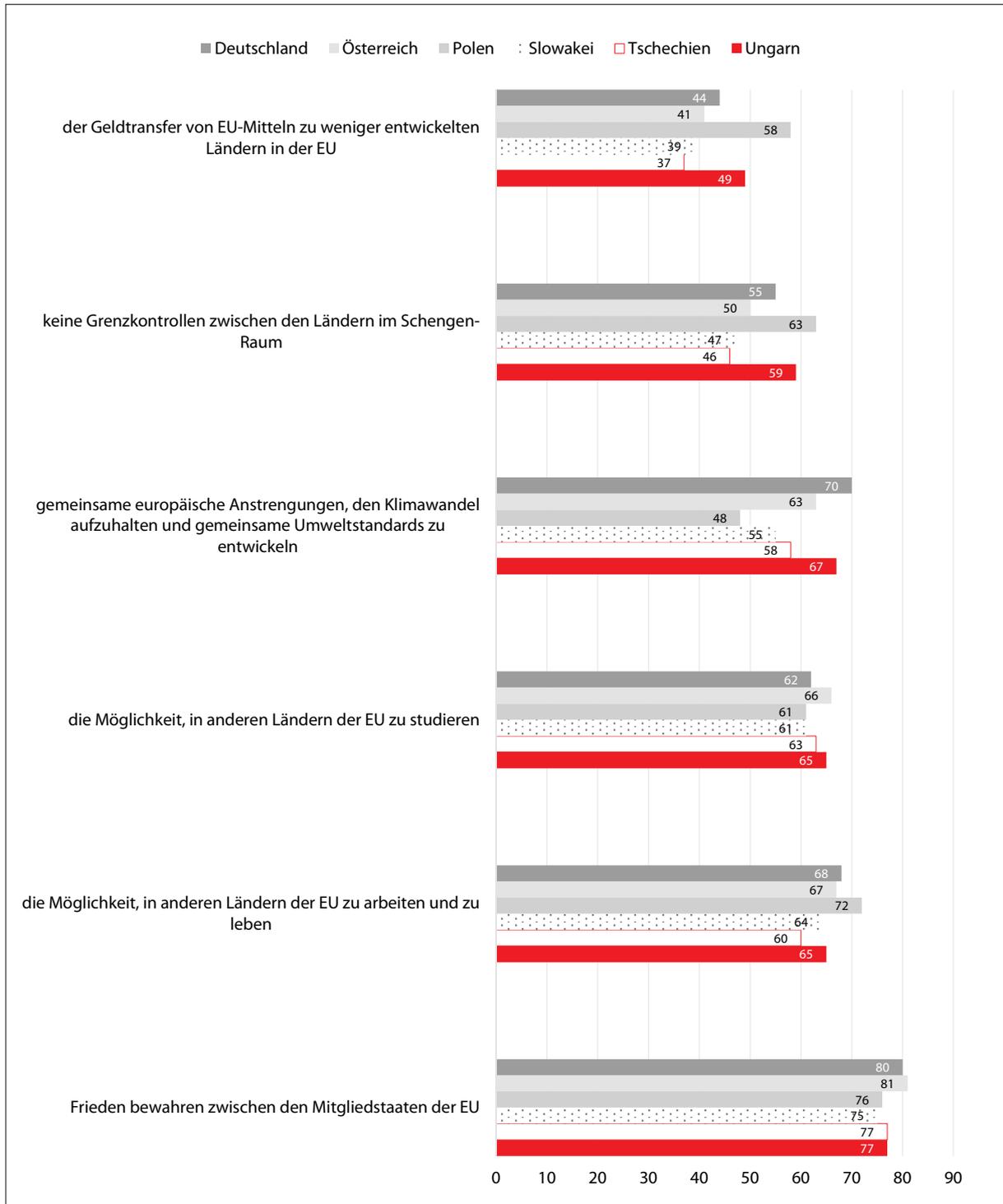
Anmerkung: Die Ergebnisse ergeben nicht immer 100 %, da hier die Antwort »Ich weiß es nicht./Es ist schwer zu sagen.« nicht aufgeführt wird.
 Quelle: Daten einer Untersuchung der Bertelsmann Stiftung und des Instytut Spraw Publicznych (ISP), 2017.

Grafik 2: Man hört viele Meinungen von Politikern und Kommentatoren, welche Zukunft für die europäische Integration am meisten zu wünschen sei. Was ist deine Meinung? Glaubst du, dass es das Beste für dein Land wäre... (%)



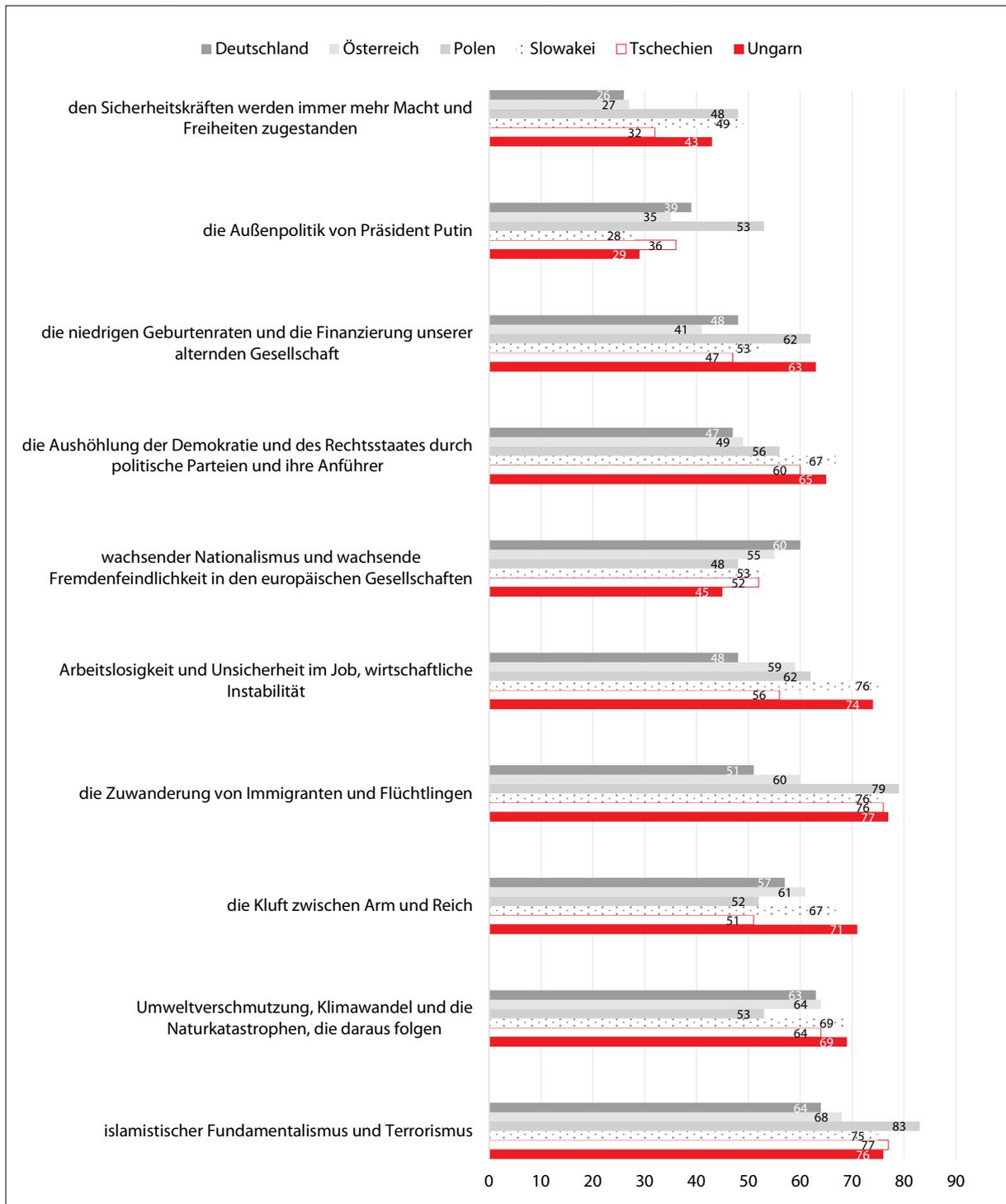
Anmerkung: Die Ergebnisse ergeben nicht immer 100 %, da hier die Antwort »Ich weiß es nicht./Es ist schwer zu sagen.« nicht aufgeführt wird.
 Quelle: Daten einer Untersuchung der Bertelsmann Stiftung und des Instytut Spraw Publicznych (ISP), 2017.

Grafik 3: Wie wichtig sind dir persönlich die folgenden Vorteile der Mitgliedschaft in der Europäischen Union? (%)
 Aufgeführt werden die Antworten »sehr wichtig« und »wichtig«.



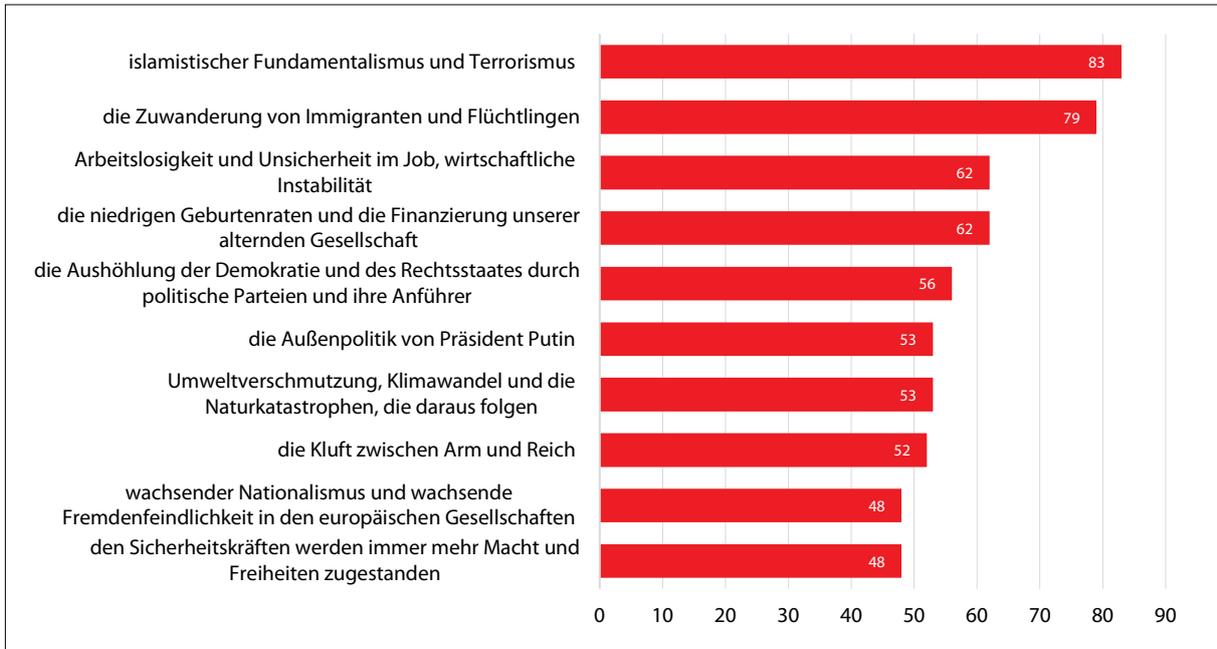
Quelle: Daten einer Untersuchung der Bertelsmann Stiftung und des Instytut Spraw Publicznych (ISP), 2017.

Grafik 4: Die Europäische Union steht heute vor vielen Problemen. Bitte versuche zu bewerten, wie groß diese Probleme sind. (%)
 Aufgeführt werden die Antworten »sehr wichtig« und »wichtig«.



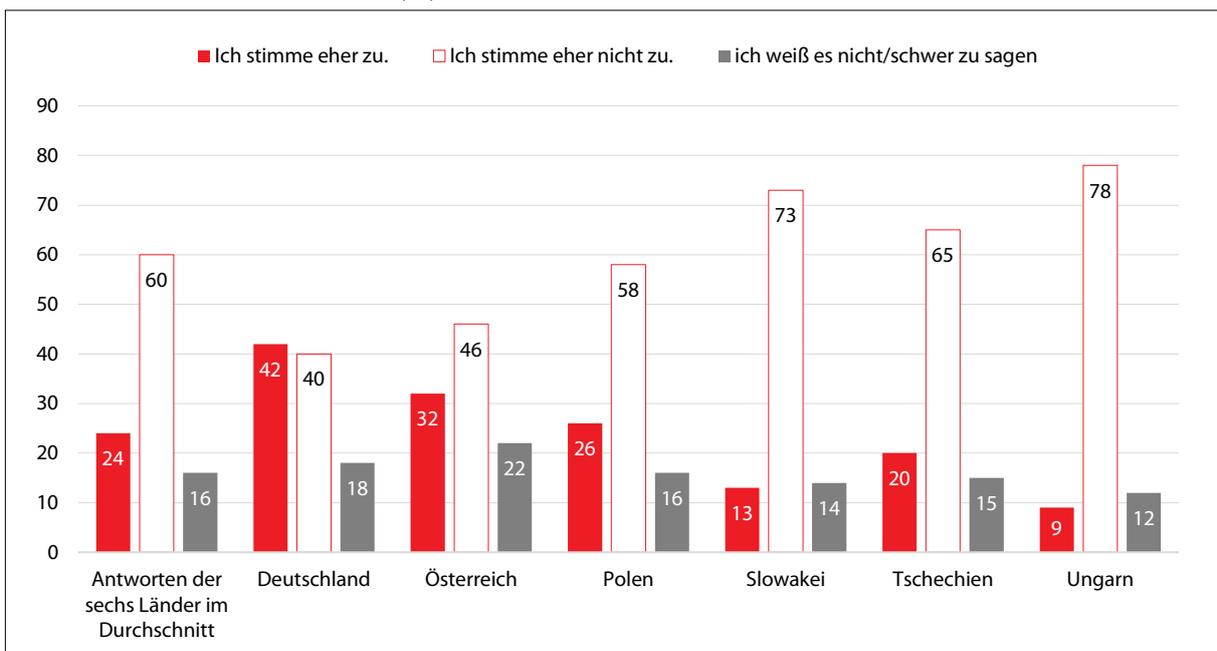
Quelle: Daten einer Untersuchung der Bertelsmann Stiftung und des Instytut Spraw Publicznych (ISP), 2017.

Grafik 5: Antworten der Polen: Die Europäische Union steht heute vor vielen Problemen
Bitte versuche zu bewerten, wie groß diese Probleme sind. (%)
 Aufgeführt werden die Antworten »sehr wichtig« und »wichtig«.



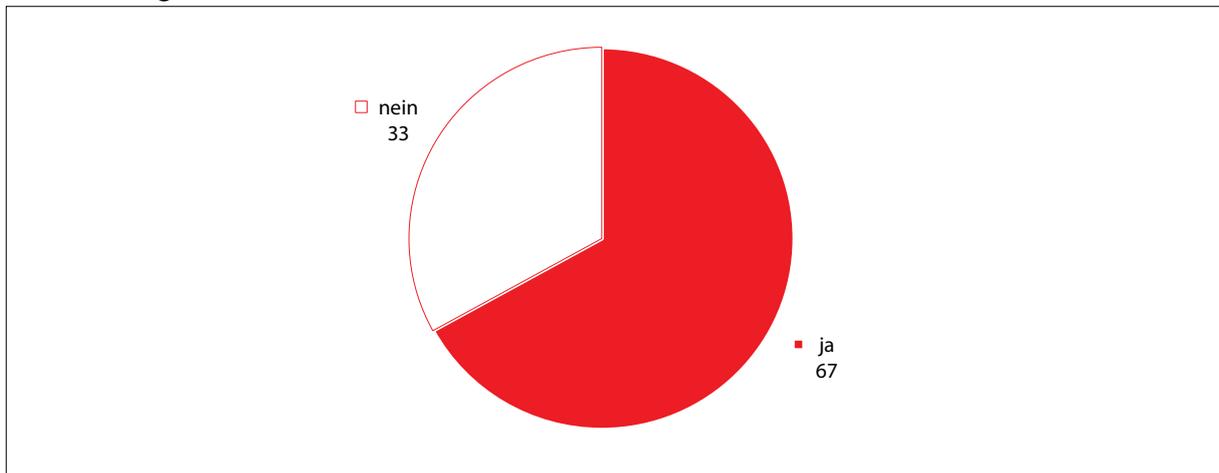
Quelle: Daten einer Untersuchung der Bertelsmann Stiftung und des Instytut Spraw Publicznych (ISP), 2017.

Grafik 6: Immigranten tragen zum wirtschaftlichem Wachstum und allgemeinen Wohlstand deines Landes bei. (%)



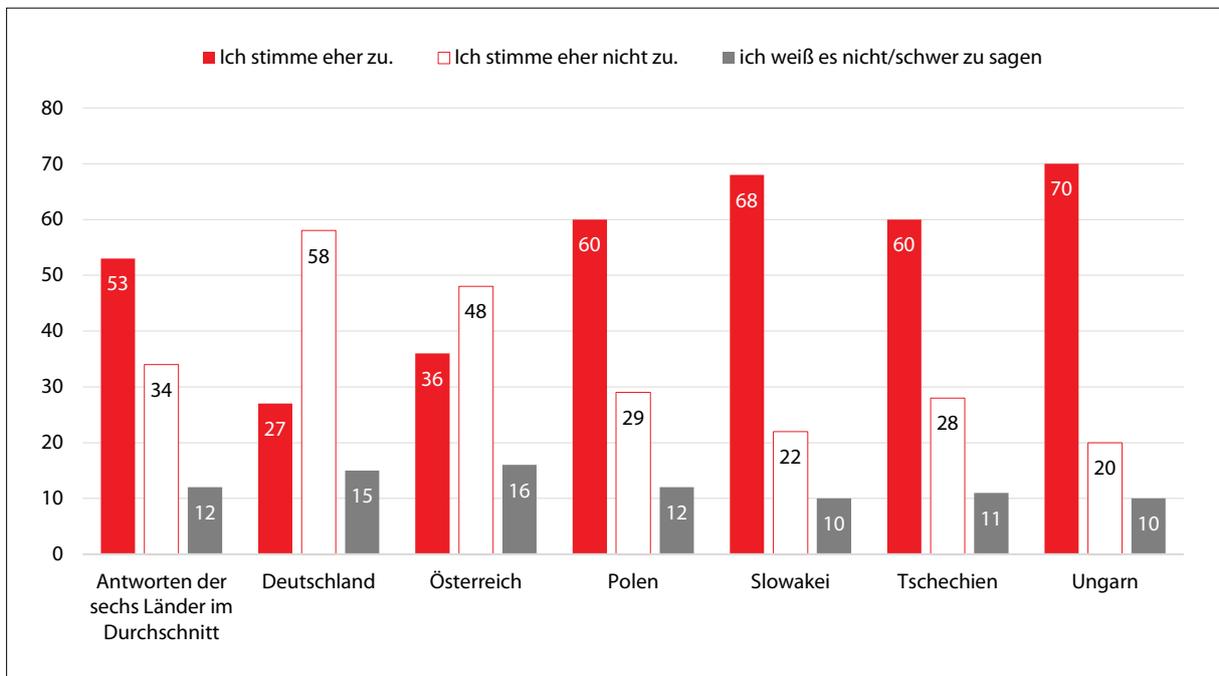
Anmerkung: Die Ergebnisse ergeben nicht immer 100 %, da hier die Antwort »Ich weiß es nicht./Es ist schwer zu sagen.« nicht aufgeführt wird.
 Quelle: Daten einer Untersuchung der Bertelsmann Stiftung und des Instytut Spraw Publicznych (ISP), 2017.

Grafik 7: Antworten der Polen: Hast du je einen Immigranten in deiner Nachbarschaft, bei deiner Arbeit, in deiner Schule oder an anderen Orten, die du regelmäßig besuchst, getroffen? (%)



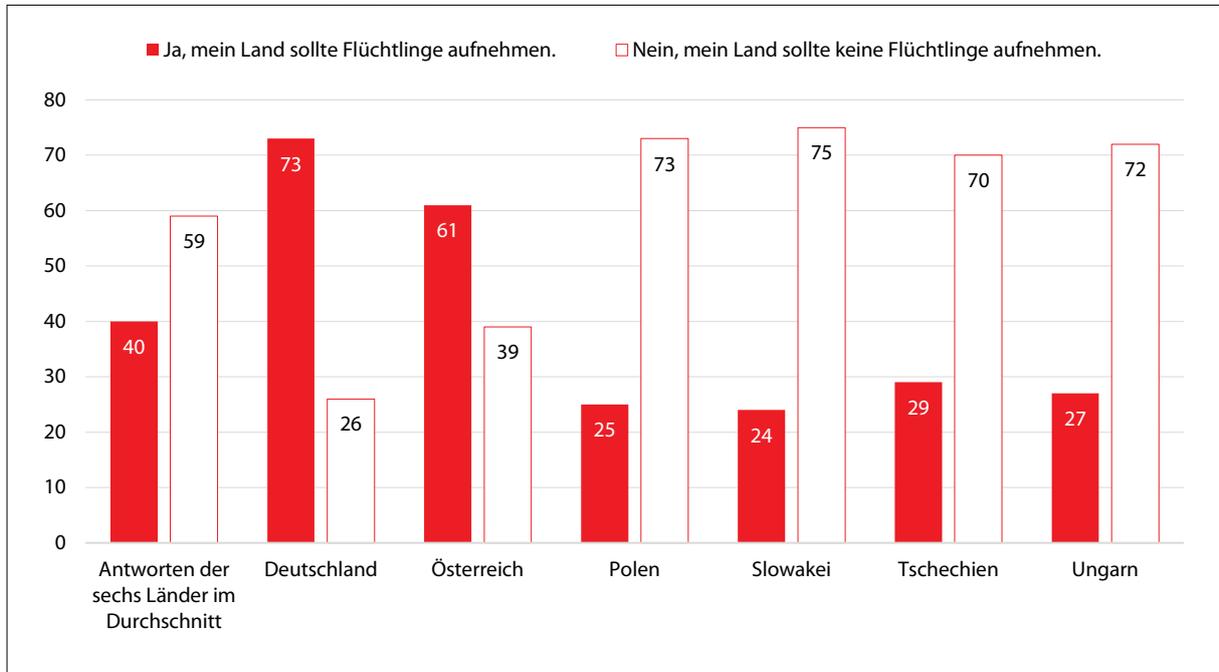
Quelle: Daten einer Untersuchung der Bertelsmann Stiftung und des Instytut Spraw Publicznych (ISP), 2017.

Grafik 8: Immigranten sind eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit deines Landes. (%)



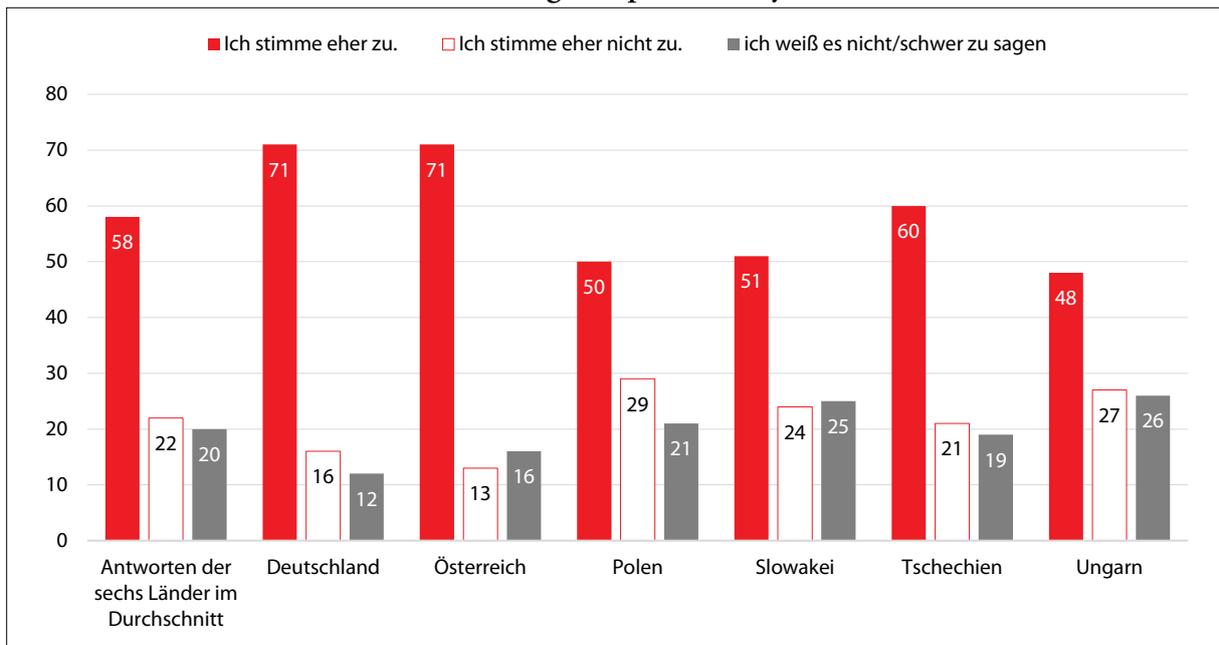
Quelle: Daten einer Untersuchung der Bertelsmann Stiftung und des Instytut Spraw Publicznych (ISP), 2017.

Grafik 9: Sollte dein Land in Übereinstimmung mit international vereinbarten Regeln und Standards Flüchtlingen aus Ländern mit militärischen Konflikten oder Opfern politischer Verfolgung Asyl und Schutz gewähren? (%)



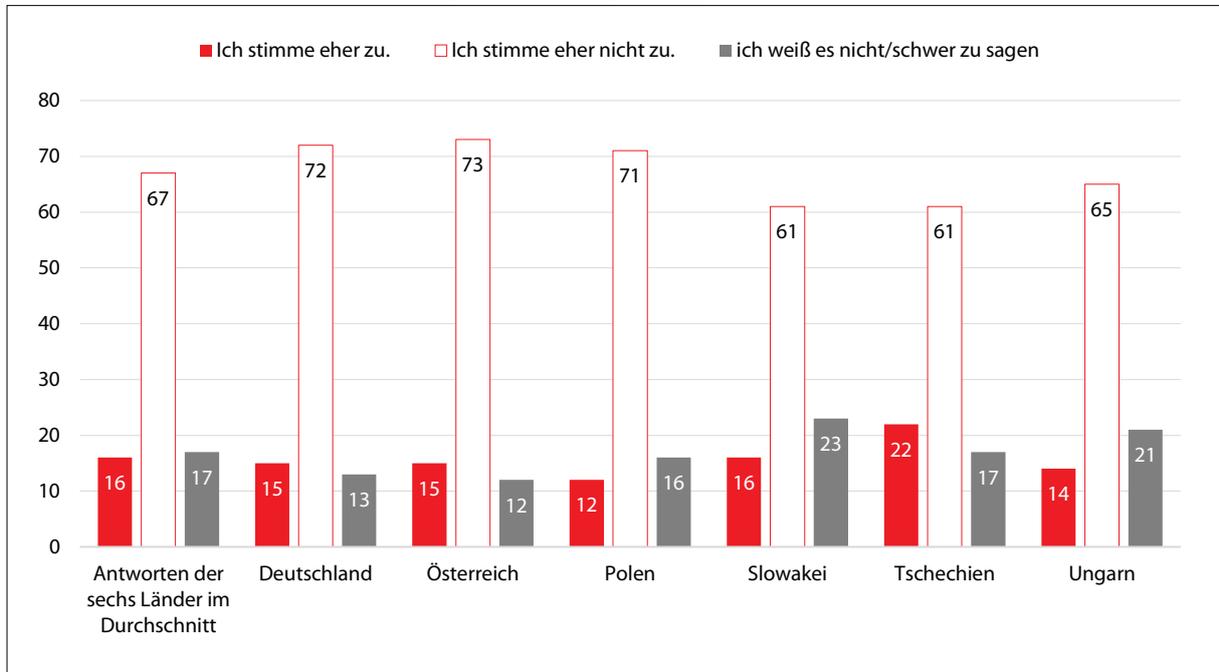
Anmerkung: Die Ergebnisse ergeben nicht immer 100 %, da hier die Antwort »Ich weiß es nicht./Es ist schwer zu sagen.« nicht aufgeführt wird.
 Quelle: Daten einer Untersuchung der Bertelsmann Stiftung und des Instytut Spraw Publicznych (ISP), 2017.

Grafik 10: Die Demokratie ist das bestmögliche politische System. (%)



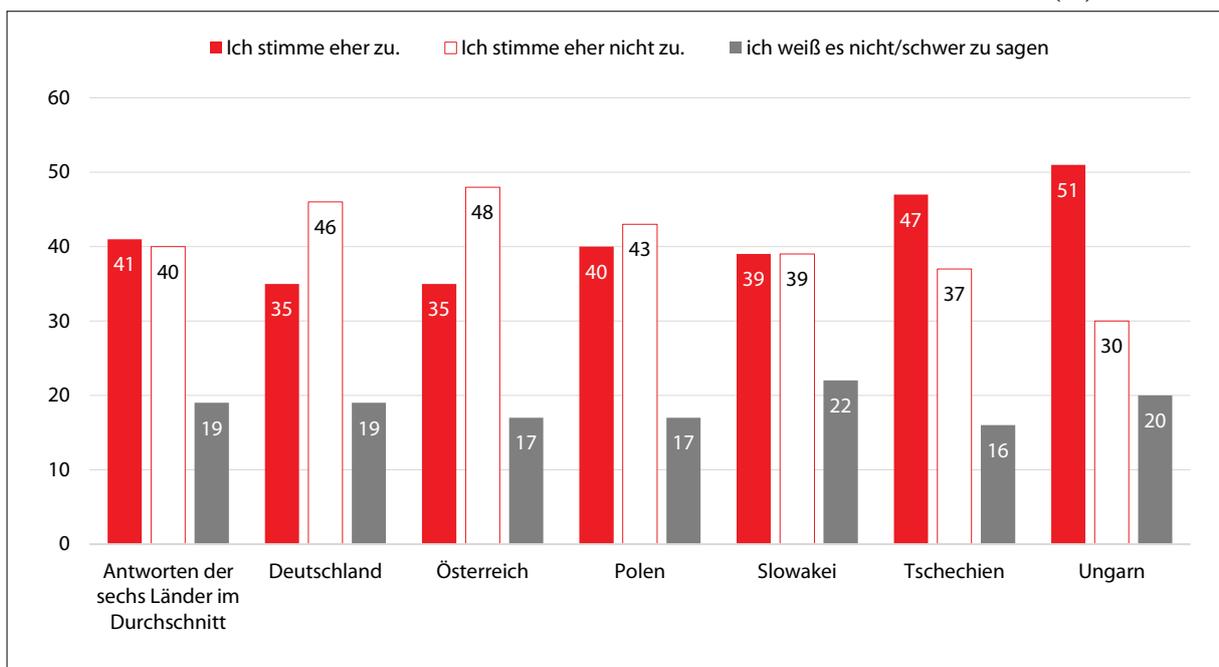
Quelle: Daten einer Untersuchung der Bertelsmann Stiftung und des Instytut Spraw Publicznych (ISP), 2017.

Grafik 11: Es hat keine Bedeutung, ob eine Regierung demokratisch ist oder nicht. (%)



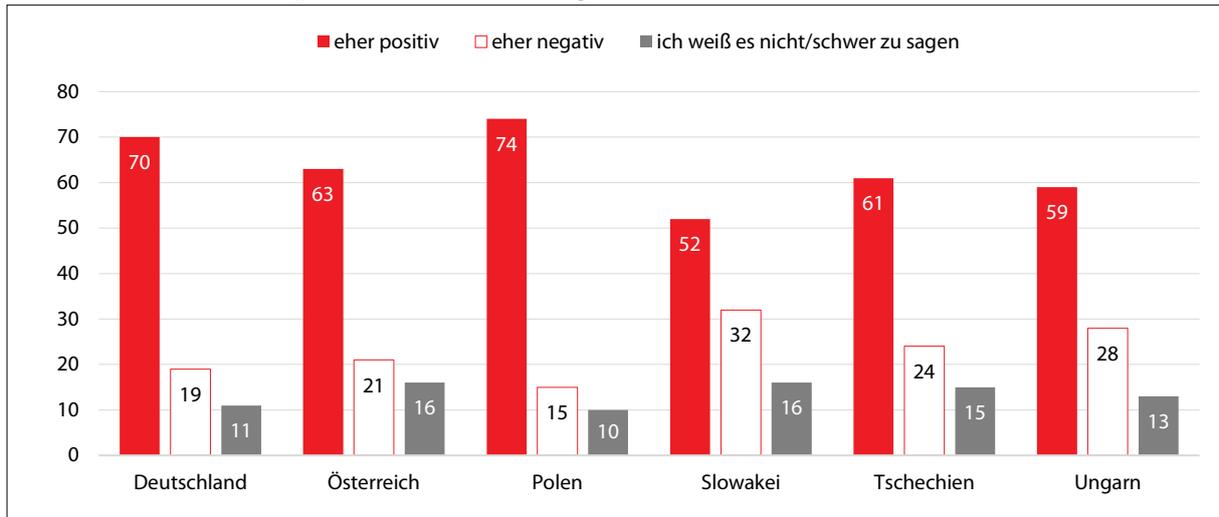
Quelle: Daten einer Untersuchung der Bertelsmann Stiftung und des Instytut Spraw Publicznych (ISP), 2017.

Grafik 12: Manchmal sollten Menschen- und Bürgerrechte eingeschränkt werden, um die Menschen besser vor Terrorismus und anderen Gefahren zu schützen. (%)



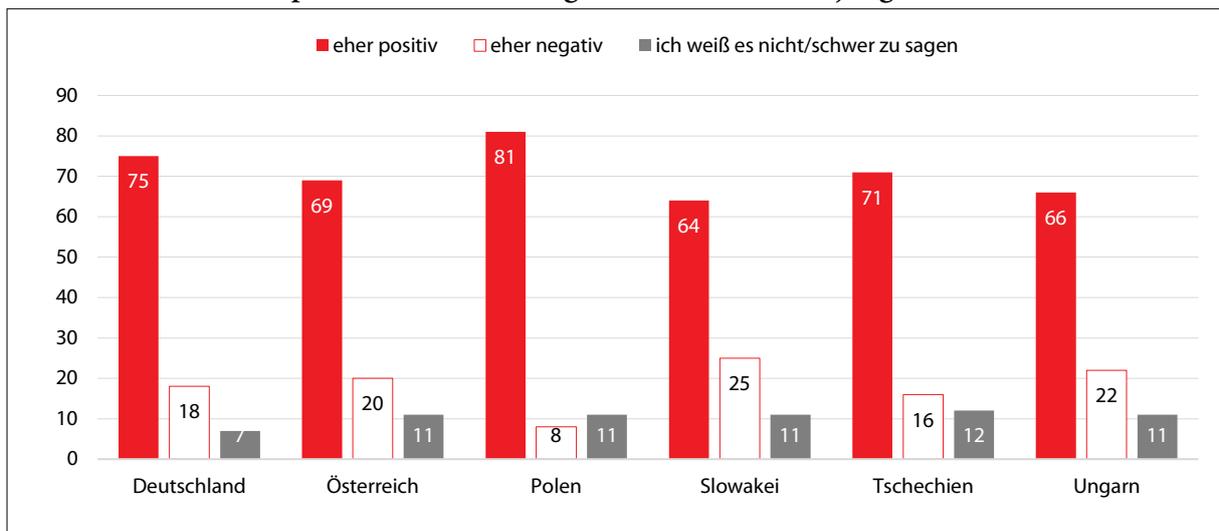
Quelle: Daten einer Untersuchung der Bertelsmann Stiftung und des Instytut Spraw Publicznych (ISP), 2017.

Grafik 13: In den letzten Jahrzehnten ist die Welt immer stärker vernetzt worden. Es gibt mehr Freihandel zwischen Ländern und eine einfachere Kommunikation weltweit. Geld, Menschen, Kulturen, Arbeitsplätze und ganze Industriezweige bewegen sich problemlos zwischen verschiedenen Ländern. Glaubst du, dass dies im Allgemeinen einen eher positiven oder eher negativen Effekt hat auf dein Land hat? (%)



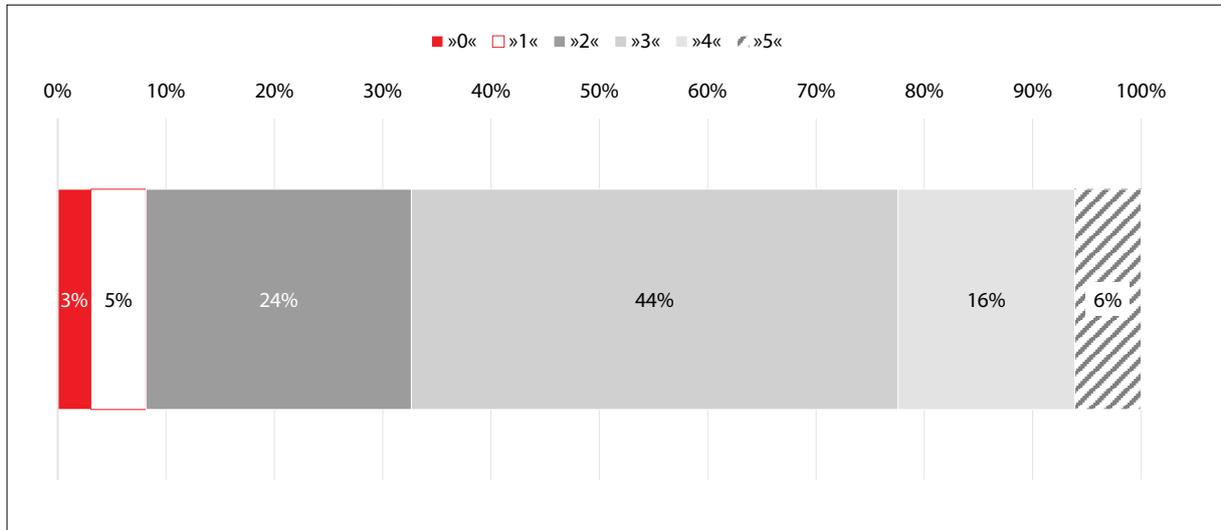
Quelle: Daten einer Untersuchung der Bertelsmann Stiftung und des Instytut Spraw Publicznych (ISP), 2017.

Grafik 14: In den letzten Jahrzehnten ist die Welt immer stärker vernetzt worden. Es gibt mehr Freihandel zwischen Ländern und eine einfachere Kommunikation weltweit. Geld, Menschen, Kulturen, Arbeitsplätze und ganze Industriezweige bewegen sich problemlos zwischen verschiedenen Ländern. Glaubst du, dass dies im Allgemeinen einen eher positiven oder eher negativen Effekt hat für junge Menschen wie Dich? (%)



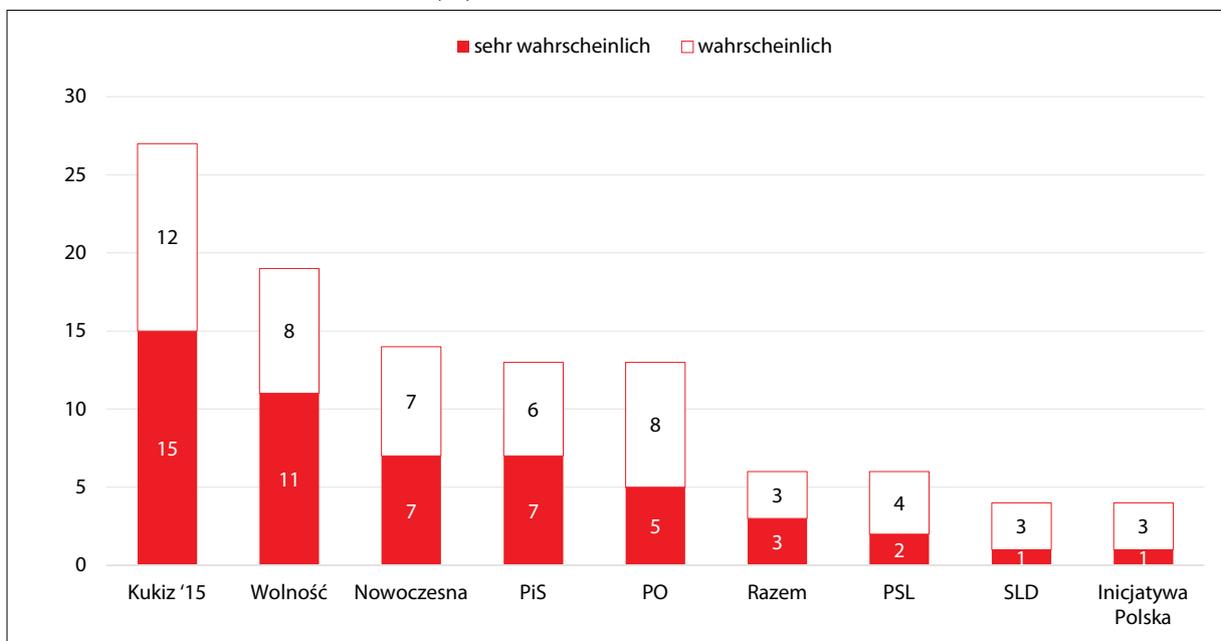
Quelle: Daten einer Untersuchung der Bertelsmann Stiftung und des Instytut Spraw Publicznych (ISP), 2017.

Grafik 15: Antworten der Polen: Wie würdest du deine politischen Ansichten auf einem Links-Rechts-Schema angeben? Bitte nutze »0« für extrem links und »5« für extrem rechts.



Anmerkung: Die Ergebnisse ergeben nicht immer 100 %, da hier die Antwort »Ich weiß es nicht./Es ist schwer zu sagen.« nicht aufgeführt wird.
 Quelle: Daten einer Untersuchung der Bertelsmann Stiftung und des Instytut Spraw Publicznych (ISP), 2017.

Grafik 16: Die Unterstützung der polnischen Jugend für politische Parteien: Wie wahrscheinlich ist es, dass du bei den nächsten Parlamentswahlen für eine der folgenden Parteien stimmen wirst? (%)



Anmerkung: Jeder Befragte sollte eine Bewertung auf einer Skala von 0–5 (0 – gar nicht wahrscheinlich; 5 – sehr wahrscheinlich) abgeben. Bei jeder Partei wurde der Name des/der Parteiführers/-führerin angegeben.

Wolność/Freiheit; Nowoczesna/Die Moderne; PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit; PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform; Razem/Gemeinsam; PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei; SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej/Demokratische Linksallianz; Inicjatywa Polska/Polnische Initiative

Quelle: Daten einer Untersuchung der Bertelsmann Stiftung und des Instytut Spraw Publicznych (ISP), 2017.

16. Mai 2017 – 5. Juni 2017

16.05.2017	Ministerpräsidentin Beata Szydło bekräftigt, dass Polen keine Möglichkeiten habe, Flüchtlinge aufzunehmen und der Auferlegung einer Quotenregelung durch die Europäische Kommission zur Verteilung der Flüchtlinge auf EU-Länder nicht zustimmen werde. Das Vorgehen der Europäischen Kommission zeige, dass diese die Positionen der Mitgliedsländer nicht berücksichtige und allein ihren Willen durchsetzen wolle.
17.05.2017	Außenminister Witold Waszczykowski begibt sich nach Tokio, wo er von seinem Amtskollegen Fumio Kishida und Thronfolger Naruhito empfangen werden wird. Ein Ziel der Reise sei, neue Projekte der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu eruieren, so die Bekanntmachung des Außenministeriums. Waszczykowski wird von einer Wirtschaftsdelegation, darunter Vertretern des Bankensektors, der Elektromobilbranche und der Computerspielbranche, begleitet.
18.05.2017	In Warschau endet der zweitägige parlamentarische Gipfel, an dem 24 Delegationen aus Ländern Ostmitteleuropas teilnahmen. Ziel sei gewesen, die Zusammenarbeit der Parlamente der Länder zwischen der Adria und Skandinavien zu stärken, so Sejmmarschall Marek Kuchciński. Thematisiert wurden die regionale Zusammenarbeit, darunter Fragen der Sicherheit und der Infrastruktur, und die Einflussmöglichkeiten der nationalen Parlamente auf die internationale Politik. Ein weiteres Thema waren die Werte, die Ostmitteleuropa prägen und auszeichnen, insbesondere das Verhältnis zu Unabhängigkeit und Souveränität, die Achtung der Tradition und Geschichte und die Bedeutung der Religion als Fundament der Zivilisation.
19.05.2017	Zwei Monate nach seiner Amtsübernahme reist Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zu seinem Antrittsbesuch nach Warschau. In Gesprächen mit Präsident Andrzej Duda und Ministerpräsidentin Beata Szydło wirbt Steinmeier für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa, auch mit Blick auf die Auseinandersetzung um das Verfassungstribunal in Polen. Die Vorstellung Polens, es sollten in der europäischen Flüchtlingspolitik Zwangslager für Flüchtlinge entstehen, weist Steinmeier zurück. Duda bekräftigt die ablehnende Haltung der polnischen Regierung zu einer europäischen Quotenlösung für die Verteilung von Flüchtlingen und bezeichnet eine solche als Zwangsumsiedlung. Anschließend besuchen Duda und Steinmeier die Warschauer Buchmesse, deren Partnerland in diesem Jahr Deutschland ist.
22.05.2017	Im ersten Telefonat nach dem Amtsantritt des französischen Außenministers Jean-Yves Le Drian in der vergangenen Woche unterstreicht Außenminister Witold Waszczykowski, Polen sei zu einem Neuanfang in den bilateralen Beziehungen bereit. Der konstruktive Dialog zwischen Polen und Frankreich sei notwendig, um die Krisen in der Europäischen Union zu lösen. Dabei spiele auch das Weimarer Dreieck (Deutschland, Frankreich und Polen) eine herausragende Rolle.
23.05.2017	Verteidigungsminister Antoni Macierewicz stellt sein Verteidigungskonzept vor. Zwar werde sich Polen weiter auf seine Bündnispartner verlassen, doch müsse sich ein Staat, der unabhängig sein wolle, vor allem auf seine Streitkräfte stützen. Notwendig sei die Erhöhung der Verteidigungsausgaben von aktuell 2 % auf 2,5 % des Bruttoinlandsprodukts. Die Armee solle umstrukturiert werden und es sollen vier U-Boote, zwei Kampfflugzeuggeschwader sowie hochenergetische Waffen gekauft werden. Der Plan sehe außerdem eine Truppenstärke von 250.000 Soldaten vor, der Schwerpunkt liege auf den operativen Einsatzkräften.
24.05.2017	Das Misstrauensvotum gegenüber Verteidigungsminister Antoni Macierewicz wird vom Sejm mit 238 zu 190 Stimmen bei 14 Enthaltungen abgelehnt. Der Antrag ging von der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) aus. Die Opposition wirft Macierewicz Inkompetenz und die Schädigung der Armee vor.
25.05.2017	Der Sejm stimmt in erster Lesung mit 233 zu 189 Stimmen bei 20 Enthaltungen für den Gesetzesentwurf zur Gerichtsreform. Diese sieht u. a. eine größere Einflussnahme des Justizministers auf die Besetzung der Position der Gerichtspräsidenten und ihrer Stellvertreter vor. Nach Inkrafttreten soll der Justizminister außerdem für den Zeitraum von sechs Monaten Gerichtspräsidenten ohne Angabe von Gründen abberufen dürfen. Die Opposition kritisiert den Gesetzesentwurf als Kolonisierung des Gerichtswesens und ein Instrument zur Diktatur. Der Entwurf wird nun dem Rechtsausschuss zur Beratung vorgelegt.
25.05.2017	Nach neuesten Angaben des Statistischen Hauptamts (Główny Urząd Statystyczny – GUS) betrug die Arbeitslosenquote im April 7,7 % (1,25 Mio.) gegenüber 8,1 % im Vormonat.
26.05.2017	Auf einem Treffen der Außenminister der Visegrád-Gruppe (Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn) in Bratislava, an dem auch der türkische Außenminister teilnimmt, betont Polens Außenminister Witold Waszczykowski die Bedeutung der Türkei für die Lösung der europäischen Flüchtlingskrise. Die Türkei sei eine der Säulen der europäischen Sicherheit.

27.05.2017	Mateusz Kijowski, Mitbegründer der Bürgerbewegung Komitee zur Verteidigung der Demokratie (Komitet Obrony Demokracji – KOD) erklärt in Thorn (Toruń) seinen Verzicht auf die Kandidatur zum Chef von KOD. Er begründet dies damit, dass KOD einen, seiner Meinung nach, nicht korrekten Finanzbericht verabschiedet habe. Zum Kandidaten für den Vorsitz wird Krzysztof Łoziński bestimmt, ehemaliger Oppositioneller aus den Reihen des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (Komitet Obrony Robotników – KOR) und der Solidarność in der Zeit der Volksrepublik Polen.
29.05.2017	Medienberichten zufolge und von der Staatsanwaltschaft bestätigt, ist es nach der Flugzeugkatastrophe von Smolensk (2010) zu Verwechslungen von Leichenteilen gekommen. Das habe die zurzeit erfolgende Exhumierung der Todesopfer ergeben. Der damalige Außenminister Radosław Sikorski lehnt es in einem Fernsehinterview ab, sich bei den Angehörigen zu entschuldigen, da den damaligen Ministerrat keine Schuld treffe. Für eventuelle Fehler der russischen Pathologen, die die Zuordnung der Leichenteile durchgeführt hatten, trage die damalige Regierung keine Verantwortung.
30.05.2017	Bei seinem zweitägigen Besuch in der georgischen Hauptstadt Tiflis bekräftigt Präsident Andrzej Duda, dass Polen Georgien bei seinen Bemühungen, der NATO und der EU beizutreten, unterstützen wird. Weiter spricht er sich für die Intensivierung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern aus. Duda trifft sich während seines Aufenthalts mit Präsident Giorgi Margwelaschwili, Ministerpräsident Giorgi Kwirikaschwili und Parlamentspräsident Irakli Kobachidze.
31.05.2017	Infrastrukturminister Andrzej Adamczyk kritisiert in Brüssel das Paket der Europäischen Kommission zum internationalen Transport, das die Zahlung des Mindestlohns für LKW-Fahrer vorsieht. Wenn diese sich mehr als drei Tage monatlich in einem anderen EU-Mitgliedsstaat aufhalten, sollen sie vom Arbeitgeber nach dort geltendem Mindestlohn bezahlt werden. Er teile die Befürchtungen der polnischen Spediteure, dass sie mit dieser Maßnahme aus dem Markt gedrängt werden sollen. Polen werde Verbündete suchen, um das Vorhaben zu blockieren. Neben den ostmitteleuropäischen Staaten nennt Adamczyk auch Spanien und Portugal.
01.06.2017	Anlässlich der Unterzeichnung einer Finanzierungsvereinbarung für den Bau eines neuen Blocks des Kohlekraftwerks in Jaworzno in Oberschlesien sagt Ministerpräsidentin Beata Szydło, der Bau des neuen Blocks garantiere sowohl die Energiesicherheit Polens als auch neue Arbeitsplätze. Die Investition setze neueste technologische Standards um und sei ökologisch verträglich. Polen halte außerdem am Kohlebergbau fest und werde ihn weiterentwickeln.
02.06.2017	In New York wählt die UNO-Vollversammlung Polen für die Jahre 2018–19 als nichtständiges Mitglied in den UN-Sicherheitsrat.
04.06.2017	Außenminister Witold Waszczykowski beginnt seinen Besuch in Kuba in Begleitung der stellvertretenden Minister für Sport und Tourismus, Jarosław Stawiarski, und Finanzen, Piotr Nowak. Nach Angaben des Außenministeriums ist dies der erste Besuch eines polnischen Außenministers in Kuba nach über 30 Jahren. Zusammen mit dem Außenminister Kubas, Bruno Rodriguez, soll eine Vereinbarung über regelmäßige Konsultationen zwischen den Außenministerien beider Länder unterzeichnet werden und außerdem über die Zusammenarbeit im Bereich Tourismus.
05.06.2017	Der stellvertretende Sejmarschall Stanisław Tyszka (Kukiz '15) teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass Kukiz '15 an Außenminister Witold Waszczykowski die Anfrage gerichtet hat, ob Polen im Zusammenhang mit seinem Vertrag mit dem Golfstaat Katar über Gaslieferungen zum Flüssiggasterminal in Swinemünde (Świnoujście) terroristische Aktivitäten mitfinanziert. Hintergrund ist, dass Saudi-Arabien und andere Staaten der Region die diplomatischen Beziehungen mit Katar abgebrochen haben, mit der Begründung, dass Katar terroristische Organisationen unterstütze.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der über 68.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Das **Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP)** in Warschau ist einer der führenden Think Tanks in Polen und seit 1995 als unabhängiges Forschungszentrum zu grundlegenden Fragen des öffentlichen Lebens tätig. Das ISP kooperiert eng mit zahlreichen Experten und Forschern wissenschaftlicher Einrichtungen im In- und Ausland. www.isp.org.pl

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



FUNDACJA WSPÓLPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2017 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,

64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen